

Zeitschrift:	Neue Wege : Beiträge zu Religion und Sozialismus
Herausgeber:	Vereinigung Freundinnen und Freunde der Neuen Wege
Band:	94 (2000)
Heft:	7-8
Artikel:	NW-Gespräch mit Rubens Ricupero, Generalsekretär der UNCTAD : mit guten Ideen die Welt verändern
Autor:	Ricupero, Rubens
DOI:	https://doi.org/10.5169/seals-144253

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 12.01.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Mit guten Ideen die Welt verändern

Die UNCTAD scheint im Zeitalter der einseitig ökonomischen Globalisierung eher ein Schattendasein zu fristen. Die Medien zeigen sich mehr an WTO, Weltwährungsfonds und Weltbank interessiert als an diesem 1964 gegründeten «Klub der Armen». Sehr zu Unrecht, wie das folgende Gespräch zeigt, das der Redaktor der Neuen Wege mit Rubens Ricupero, dem heutigen Generalsekretär der UNCTAD, am 20. Mai in dessen Genfer Wohnung führen durfte. Mit dem Einstieg in Leben und Werk Hélder Câmara vermittelt das Gespräch auch einen Einblick in die Spiritualität des höchsten Beamten dieser Weltorganisation. Engagiert verteidigt er die Rechte der indianischen und der afrobrasilianischen Bevölkerung in seiner brasilianischen Heimat, auch das Recht auf Wahrheit in der Verarbeitung der Geschichte dieses Landes. Als UNCTAD-Generalsekretär reklamiert unser Gesprächspartner die Rechte der ärmsten Länder gegen das ökonomische Einheitsdenken. Entgegen den «voluntaristischen» Anfängen der UNCTAD setzt Ricupero nicht mehr auf eine Neue Weltwirtschaftsordnung durch staatliche Übereinkunft, sondern auf eine Globalisierung «von unten», im Vertrauen auf die Kraft der Ideen und auf die Vitalität der Zivilgesellschaft. Mit diesem langen Interview hat er dafür auch den Tatbeweis angetreten. – Rubens Ricupero ist Professor für Theorie und Geschichte der Internationalen Beziehungen, vor seiner Ernennung zum Generalsekretär der UNCTAD war er Umweltminister und anschliessend Finanzminister in Brasilien. Die Übersetzung des in französischer Sprache geführten Gesprächs besorgte der Redaktor.

Red.

Erinnerung an Hélder Câmara

Neue Wege: Herr Ricupero, wir sind uns das erste Mal am 2. April dieses Jahres im Zürcher Grossmünster begegnet. Es ging bei diesem Anlass um einen ökumenischen Gedenkgottesdienst für den grossen brasilianischen Erzbischof Dom Hélder Câmara. Sie sind ebenfalls Brasilianer. Welche Bedeutung hat Dom Hélder als Vertreter der Theologie der Befreiung für Sie persönlich?

Rubens Ricupero: Ich kannte Dom Hélder Câmara, lange bevor er weltweit berühmt wurde. Als Student an der Universität von São Paulo bin ich mit einer kleinen Gruppe von Studierenden nach Rio de Janeiro gefahren, weil wir dieselbe Art von Arbeit in São Paulo aufnehmen wollten, die Hélder Câmara für die Armen in den *Favelas* eingeführt hatte. Ich habe darauf alle Stationen seines langen Lebens verfolgt. Als ich ihn

das letzte Mal in Recife besuchte, war er bereits von seinem Bischofsamt zurückgetreten. Ich war damals Finanzminister von Brasilien. Dom Hélder empfing mich, obwohl sehr geschwächt durch sein hohes Alter, zu einem langen Gespräch. Am Ende seines Lebens kümmerte er sich nicht mehr so sehr um die weltlichen, die politischen, die sozialen Dinge. Er war immer mehr ein *Mann des Gebets* geworden.

Dom Hélder ist meines Erachtens nicht nur für Brasilien, sondern für ganz Lateinamerika diejenige Persönlichkeit, die den *Geist der neuen Kirche*, wie sie aus dem Zweiten Vatikanischen Konzil hervorgegangen ist, am besten verkörpert. Er selbst hat am Konzil wesentlich zu dieser Erneuerung beigetragen. Ich habe über ihn einen Artikel für die französische «Encyclopaedia universalis» verfasst. Im Anschluss an Peter Hebblethwaite, der in seinen Papstbiographien meint, Johannes XXIII. sei der

erste «evangelische» Papst, Paul VI. dagegen der erste «moderne» Papst gewesen, schrieb ich in diesem Artikel, Hélder Câmara sei beides zugleich gewesen, *evangelisch und modern*. Er hat die modernen Kommunikationsmittel eingesetzt und war ein Meister in der Organisation von Massenkundgebungen. Aber es ging ihm dabei einzig und allein um sein christliches Engagement, um Nächstenliebe und Solidarität. Er war mutig in seiner Kritik an gesellschaftlichen Missständen, ohne deswegen Brücken abzubrechen. Er hat harte Worte gegen die Militärregierung gebraucht, die Menschen folterte und umbrachte. Aber er tat dies ohne Hass, in Treue zum Evangelium.

Er distanzierte sich insofern von der *Theologie der Befreiung*, als er keine Allianzen mit der revolutionären Linken eingehen wollte. Er überzeugte die Menschen mit seinem sozialen Gewissen und seinem Engagement. Ich sage das, weil die politische Rechte ihn zu diffamieren suchte, indem sie an seine faschistische Vergangenheit in den 30er Jahren erinnerte und meinte, sie könnte ihm denselben totalitären Irrtum unter sozialistischem Vorzeichen vorwerfen. Dom Hélder war der Mann der *vorrangigen Option für die Armen*. Er war der *Charismatiker*, der das *Beten* und das *Organisieren* auf eine einzigartige Weise miteinander verbinden konnte. Seinen kreativen Ideen verdanken viele *Basisgemeinden* ihr Dasein. Auf seine Initiative geht die *brasilianische Bischofskonferenz* zurück, deren Generalsekretär er während zehn Jahren war und ohne die es nicht diese Erneuerung der Kirche bei uns gegeben hätte. Ebenso stand er am Anfang der *lateinamerikanischen Bischofskonferenz* mit den grossen Versammlungen von Medellin und Puebla. Und er gründete auch die erste Kommission «Gerechtigkeit und Friede», die sich für die Menschenrechte einzusetzte.

«500 Jahre Brasilien» – eine verpasste Gelegenheit

Neue Wege: Was halten Sie von den Feierlichkeiten zur Erinnerung an die «Entdek-

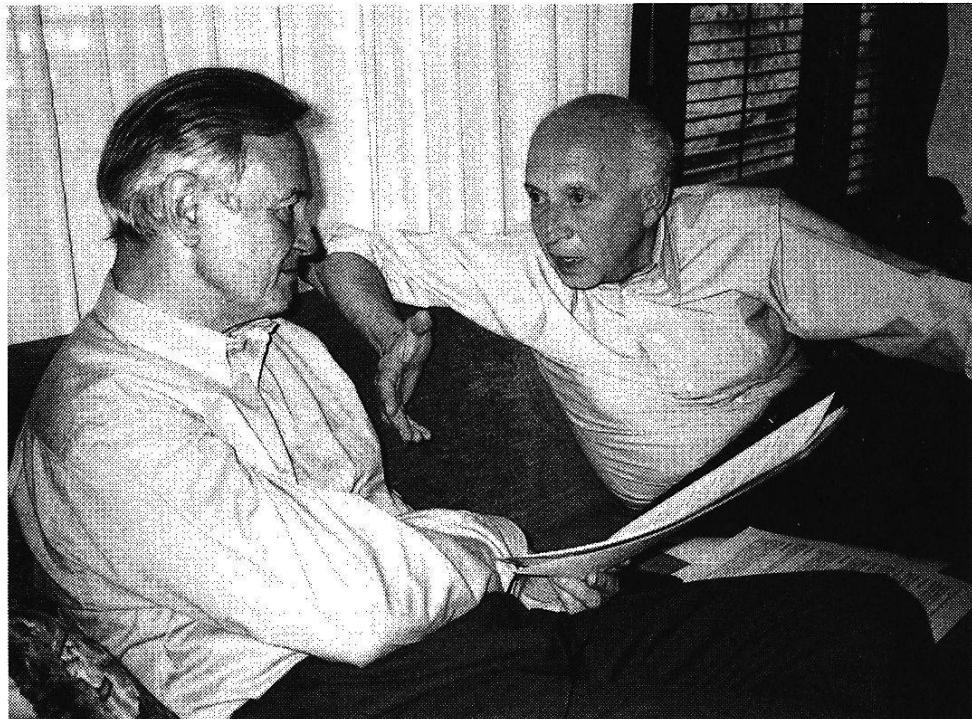
kung» Brasiliens? Sie haben in der «Tribune de Genève» geschrieben, dass man als Christ und im Lichte des Evangeliums niemals die Ungeheuerlichkeiten und die Exzesse der Kolonialisierung rechtfertigen könne.

Rubens Ricupero: Papst Johannes Paul II. hat für die Verarbeitung der Vergangenheit in der katholischen Kirche den Begriff einer «Reinigung des Gedächtnisses» geprägt. Ich hätte es vorgezogen, wenn das Gedenken an die 500 Jahre seit der Entdeckung Brasiliens im selben Geist begangen worden wäre. Das *Gedächtnis reinigen* heisst die Schuld der Vergangenheit mit all ihren Verbrechen, Exzessen und Sünden anerkennen und nicht verdrängen. Dazu hätte ein *offener Dialog* unter allen Gruppen unserer Bevölkerung beitragen können. Sie müssten die Gelegenheit erhalten, ihre Wahrheit darzulegen, denn es gibt in dieser Geschichte nicht nur eine einzige Wahrheit. Statt dessen hat man die Feierlichkeiten in einer traditionalistischen Weise organisiert, als handelte es sich um irgendein Volksfest oder eine Kirmes. Man hat sich keine Rechenschaft darüber gegeben, dass dieses Datum mit vielen Symbolen befrachtet ist. Alle Dossiers hätten auf den Tisch gehört. Das wichtigste Dossier wäre das *Problem der Eroberung* selbst gewesen, die zur physischen oder kulturellen Ausrottung der indianischen Bevölkerung führte.

Neue Wege: Sie haben sich darum auch gegen einen «historischen Relativismus» in dieser Frage ausgesprochen.

Rubens Ricupero: Ich verwahre mich gegen die Meinung, dass wir die Vergangenheit nicht beurteilen könnten, weil unsere heutigen Kriterien dieser Vergangenheit nicht gerecht würden. Es stimmt einfach nicht, dass die Menschen zur Zeit der «Entdeckung» kein Bewusstsein ihres Unrechts gehabt hätten. In Brasilien haben sich die *portugiesischen Jesuiten* für die Freiheit der indianischen Bevölkerung eingesetzt. Die Jesuiten wurden im 18. Jahrhundert nicht zuletzt wegen ihrer Parteinahme für

Rubens Ricupero,
Generalsekretär der UNCTAD,
beantwortet Fragen von
Willy Spieler.
(Bild: Malou von Muralt)



diese Menschen aus Brasilien ausgewiesen. Portugal hat als erstes Land ihren Orden aufgelöst. Im übrigen Lateinamerika waren es vor allem Dominikaner Patres wie *Bartolomé de las Casas* oder *Francisco de Vitoria*, die dieses Unrecht beim Namen nannten. Vitoria hat die Eroberung Lateinamerikas als illegitim bezeichnet, weil es keinen Rechtstitel gab, um der einheimischen Bevölkerung das Land wegzunehmen und diese Menschen zu rechtlosen Sklaven zu erklären, nur weil sie keine Christen waren. Vitoria war der Meinung, die indigene Bevölkerung hätte ein Recht auf ihr Land, ihre Gesetze, ihre Selbstbestimmung. Alle diese Verbrechen der Sklaverei und der «gerechten Kriege» gegen die indianische Bevölkerung sind also schon damals unmissverständlich verurteilt worden. Die Tatsache, dass die Kritiker in der Minderheit blieben, heisst nicht, dass ihre Werte nicht auch für die Mehrheit gegolten hätten.

Neue Wege: Die Geschichte wirkt ja bis heute nach.

Rubens Ricupero: Auch insofern sind die Feierlichkeiten zu «500 Jahre Brasilien» eine verpasste Gelegenheit. Es handelt sich bei all diesen Fragen der Vergangenheit nicht um eine akademische Debatte unter

Historikern und Historikerinnen, sondern um ein Unrecht, das für die *indianische Bevölkerung* in der Landfrage noch immer nachwirkt. Aber auch für den *afrobrasiliensischen Teil* der Bevölkerung muss die Geschichte verarbeitet werden. Brasilien war das Land mit dem weitaus grössten Handel mit Sklaven aus Afrika. Von den geschätzten insgesamt 11 300 000 afrikanischen Sklaven jener Zeit wurden 4 Millionen allein nach Brasilien verbracht. Von 5 afrikanischen Sklaven entfielen demnach 2 auf Brasilien. Heute stellt sich daher die Frage, wie wir dieser afrobrasiliianischen Bevölkerung helfen können, vor allem im Bereich der Bildung. Ohne diese Fragen zu stellen, waren die Feierlichkeiten «500 Jahre Brasilien» eine blosse Verschwendungen von Zeit und Ressourcen. Sie haben die Gesellschaft noch mehr entzweit, als sie es ohnehin schon war.

Integration nach aussen und Desintegration nach innen

Neue Wege: Was mich beeindruckt, ist Ihre Analyse der Integration Brasiliens in die Weltwirtschaft im Verlauf der vergangenen Jahrhunderte. Sie sprechen von einer Dialektik zwischen der äusseren Integration und der inneren Desintegration.

Rubens Ricupero: Ich beharre auf diesem Zusammenhang, denn auch *heute* wird wieder im Namen einer oberflächlichen, wenn auch sehr anmassenden «Wahrheit» behauptet, dass der Weg der Entwicklungsländer aus der Armut nur über die Integration in das *globale System* des Handels, der Finanzen und der Investitionen möglich sei. Demgegenüber zeigt die Geschichte, dass es nicht nur eine qualitativ gute, sondern auch eine qualitativ schlechte Integration in den Weltmarkt gibt.

Nur die *gute Integration* erlaubt es einem Entwicklungsland, mit seinen Rohstoffen vom Weltmarkt zu profitieren, wie es Malaysia und andere asiatischen Länder wie Thailand, Südkorea, Taiwan, das heutige China oder Singapur mit Erfolg versucht haben. Malaysia zum Beispiel hat mit dem Export von Kautschuk, Zinn oder Palmöl begonnen. Diese Länder haben mit der Zeit die Rohstoffe in eigenen Fabriken verarbeitet, zunächst sehr einfache Waren, z.B. Textilien, hergestellt und sind später zu anspruchsvolleren Produkten bis hin zur Sparte der Elektronik übergegangen. Für derart hochwertige Produkte konnten sie weit höhere Gewinne erzielen als für die Rohstoffe und damit auch besser entlohnte Arbeitsplätze schaffen. Diese positive Entwicklung trifft aber nur auf etwa ein Dutzend Länder zu.

In den meisten Entwicklungsländern findet dagegen nicht diese positive Integration statt. Mehr als 150 Länder partizipieren heute am Weltmarkt nur über den Export ihrer Rohstoffe. Von den 52 afrikanischen Ländern hängen 47 von nur drei bis vier Arten von Rohstoffen ab, vom Erdöl, vom Kaffee, vom Kakao und vom Palmöl. Diese Exporte erlauben im allgemeinen keine echte Entwicklung, denn die Preise für solche Rohstoffe, vor allem für die Nahrungsmittel, tendieren immer nach unten. *Raoul Prebisch*, der erste Generaldirektor der UNCTAD, hat die These von einer säkularen, das ganze Jahrhundert umfassenden *Baisse der Rohstoffe* vertreten, die damals sehr umstritten war. Heute jedoch wird sie sogar vom Weltwährungsfonds akzeptiert. Auch die Forschungen über die

Preise für die Rohstoffe in den letzten hundert Jahren bestätigen die These von Prebisch.

Das zeigt auch der *Fall von Brasilien*. Während mehr als 350 Jahren, zwischen 1540 und 1890, war Brasilien in den Weltmarkt bestens integriert, weil es seine Produktion zu etwa 80 bis 90 Prozent exportierte. Es exportierte Zucker, Kakao, Kautschuk, Kaffee etc. Die meisten dieser Produkte aber wurden von *Sklaven* auf den grossen Plantagen kultiviert und geerntet. Auch nach Abschaffung der Sklaverei sind Hungerlöhne bezahlt worden, die nicht weit von der Sklaverei entfernt waren. Und dieses System der Desintegration nach innen hat so lange gedauert, weil es geradezu perfekt nach aussen, in den Weltmarkt integriert war.

Die Last der Verschuldung

Neue Wege: Sie sind Generalsekretär der UNCTAD. Im vergangenen Februar hat die UNCTAD ihre 10. Vollversammlung in Bangkok abgehalten. Das Resultat ist eine Bilanz der neusten Erfahrungen mit der Globalisierung («*Bilan de l'expérience récente de la mondialisation*»). Wir finden diese Bilanz in der «*Erklärung von Bangkok*» und in dem ebenfalls von der Versammlung verabschiedeten Aktionsplan. Diese Dokumente sprechen von Chancen und von Risiken der ökonomischen Globalisierung. Welches sind Ihrer Meinung nach die Chancen, welches die Risiken?

Rubens Ricupero: Wir leugnen nicht, dass der Welthandel und die damit verbundene Interdependenz der Staaten zu einem erheblichen *Wirtschaftswachstum* führen können. Dafür spricht auch die Erfahrung Japans und der andern asiatischen Länder, die ich eben erwähnt habe. Aber es ist nicht der einzige Weg. *Indien* zum Beispiel hat auch ein – allerdings weniger spektakuläres – Wachstum von 5 bis 7 Prozent aufzuweisen. Aber es hat diese Wachstumsraten vor allem dank der Dynamik seiner eigenen dynamischen Binnenwirtschaft erreicht.

Man darf zwar nicht verkennen, dass die Teilnahme am Welthandel grosse Wachs-

tumsschübe in den Bereichen der Investitionen und der neuen Technologien mit sich bringen kann. Aber leider sind nur ganz wenige Länder auf diesem Weg erfolgreich. Denn dazu müssten sie in der Lage sein, sich einer immer härter werdenden *Konkurrenz* zu stellen. Hinzu kommt die Last der Verschuldung, unter der viele dieser Länder leiden. Die Verschuldung nimmt ihnen die Ressourcen, die für die Entwicklung erforderlich wären. Es bleibt *kein Geld* mehr übrig, das für produktive *Investitionen* eingesetzt werden könnte.

Neue Wege: *Welches wäre dann der Ausweg für diese Länder, die keinen fruchtbaren Zugang zum Welthandel haben? Und was soll mit den überschuldeten Ländern, vor allem in Afrika, geschehen?*

Rubens Ricupero: Etwas vereinfacht gesagt, gibt es *zwei Kategorien von Entwicklungsländern*: die einen haben ein Problem mit dem *Zugang zum Welthandel*, die andere haben ein Problem mit ihrem *Angebot*.

Die erste Kategorie hat genügend Produkte und Dienstleistungen anzubieten, aber sie stossen auf *protektionistische Barrieren*. In Asien werden preisgünstige Textilien produziert, aber sie können nicht im Ausland abgesetzt werden, weil der Handel mit Textilien, Lederwaren oder landwirtschaftlichen Produkten auf eine diskriminierende Art und Weise reglementiert ist. Das entsprechende «Multi-Fiber-Abkommen» unterwirft die Entwicklungsländer quantitativen Quoten, mit denen die reichen Länder einen Protektionismus in eigener Sache betreiben. Pakistan und Indien könnten wesentlich mehr Produkte ans Ausland verkaufen, wenn es nicht diese Quoten gäbe. Ein Beispiel aus der Landwirtschaft ist Argentinien. Das Land verfügt über preisgünstige Agrarprodukte, insbesondere Weine, die es wegen protektionistischer Massnahmen der EU, Japans oder auch der Schweiz nicht absetzen kann. Für Länder dieser ersten Kategorie liegt die Lösung also in einem wirklich freien Handel, wie ihn die reichen Länder als Maxime zwar predigen, aber nicht befolgen.

Dann gibt es noch die zweite Kategorie,

die wesentlich mehr Entwicklungsländer umfasst: Diese haben sehr wenig anzubieten. Ich habe die 47 afrikanischen Länder erwähnt, die nur Kaffee, Kakao oder Erdöl exportieren können. Für diese Länder braucht es andere Lösungen. Das Problem ist, dass es zu viele Produzenten gibt und die Preise sehr niedrig sind. Man muss daher die Produktionsbasis dieser Länder erweitern. Das macht *Investitionen* erforderlich, weil diese Länder in der Mehrzahl der Fälle nicht die Kapazität haben, selber *Investitionen* zu finanzieren. Es braucht aber nicht nur *Kapital*, sondern auch *Technologien*, die es erlauben, die natürlichen Ressourcen zu Produkten zu veredeln und mit administrativem Know how auf dem Weltmarkt abzusetzen. Dazu ist ein langer Atem von Generationen erforderlich. Zunächst müssen die Bedingungen hergestellt werden, um erst einmal die notwendige *Investitionsbereitschaft* zu erreichen. Ökonomische und politische Instabilität sind den *Investitionen* nicht förderlich. Für diese zweite Kategorie von Ländern genügt es daher nicht, Handelsvereinbarungen abzuschliessen, es braucht vielmehr einen *multidisziplinären Lösungsansatz* für die Infrastruktur, die Energie, das Transportwesen.

Ein Skandal – so unmoralisch wie der Sklavenhandel

Neue Wege: *Und wie steht es mit der Entschuldung und der öffentlich finanzierten Entwicklungspolitik durch die reichen Länder?*

Rubens Ricupero: Es braucht ein ganzes Paket von Massnahmen. Ohne *Schuldennachlass* und ohne *öffentliche Entwicklungshilfe* lassen sich keine Bedingungen schaffen, die *Investitionen* anziehen. Aber man wird die *Investitionen* vor allem der Dynamik der Privatwirtschaft überlassen müssen. Dazu gehören auch die grossen Unternehmungen, die über ein internationales Verteilungsnetz verfügen. Leider gibt es heute noch nicht diesen *multidisziplinären Lösungsansatz*, von dem ich eben gesprochen habe. Der Beitrag zur Entschuldung ist nach wie vor ungenügend und

kommt erst noch zu spät. Das gleiche gilt für die öffentliche Entwicklungshilfe, die sich sogar von Mal zu Mal vermindert.

Neue Wege: *Was tun, damit die Entwicklungsländer aus dieser Schuldenfalle herauskommen?*

Rubens Ricupero: Weltwährungsfonds und Weltbank haben die Initiative ergriffen. Aber die Fortschritte der Entschuldung lassen auf sich warten. Alles geht viel zu langsam. Weniger als 5 Länder konnten bisher von diesen Vergünstigungen profitieren. Die *Auflagen des Weltwährungsfonds* für die Strukturanpassungen sind geradezu drakonisch. Und es braucht erst noch 6 bis 7 Jahre, um diese Auflagen erfüllen zu können. Die UNCTAD verlangt weniger harte Auflagen. Vor etwas mehr als einem Jahr haben wir ein Dokument veröffentlicht, in dem verschiedene Massnahmen vorgestellt wurden. Wir haben zum Beispiel die Auflage verworfen, dass ein Land bis zu 25 Prozent seiner Einkünfte für den Schuldendienst verwenden soll.

Trotzdem besteht *kein Grund zu verzweifeln*. Wer diese Auflagen angreift, hat oft den Eindruck, dass sich überhaupt nichts ändert. Aber ich habe zwei Beispiele, die das Gegenteil beweisen:

Die UNCTAD hat in den 80er Jahren als erste Institution darauf aufmerksam gemacht, dass die *lateinamerikanischen Länder* ihre Schulden gegenüber den privaten Banken niemals zurückzahlen können. Wir verlangten eine substantielle Reduktion sowohl der Schulden als auch der Zinslast. Damals hiess es, das sei ein verantwortungsloses Ansinnen. Nach drei, vier Jahren wurde daraus der *Plan Baker* und später der *Plan Brady*, beides Namen von zwei US-amerikanischen Finanzministern. Auch die abschliessenden Verhandlungen mit den lateinamerikanischen Ländern basierten auf den Vorschlägen der UNCTAD.

Das zweite Beispiel betrifft die Bedingungen der Schulden gegenüber dem *Klub von Paris*.⁴ Es geht hier um die Schulden, die mit den Regierungen der sieben reichsten Länder vereinbart wurden. Diese Bedingungen haben in den letzten Jahren im-

mer mehr Erleichterungen erfahren. Zunächst hat der Klub der Sieben damit begonnen, 30 Prozent der Schulden zu streichen. Schliesslich ist man bei 90 Prozent angelangt. Jedes Mal hiess es, das sei der letzte Schuldenerlass gewesen. In einem Vortrag in Addis Abeba habe ich gesagt, man dürfe nie die *falschen Realismen* akzeptieren. Sage ich, man müsse die Schulden streichen, bezeichnen mich die Bankiers als Träumer.

Was aber ist Realismus? Die deutsche Regierung unter Bundeskanzler Kohl war gegen den Verkauf eines Teils der Goldreserven des Internationalen Währungsfonds zur Entschuldung der am meisten verschuldeten Länder. Mit der neuen, sozialdemokratisch geführten Regierung hat sich diese Position innerhalb von 24 Stunden gewandelt. Die Regierung Schröder setzte sich an die Spitze der Initiative für grosszügigere Bedingungen gegenüber den am meisten verschuldeten Ländern der G-7 von 1999 (Highly Indebted Poor Countries Initiative). Welcher Realismus gilt nun, der vor oder der nach den Wahlen?

Wir dürfen bei diesem Stand der Dinge aber nicht stehenbleiben. Wir sollten uns vielmehr verbünden mit Bewegungen wie «Jubilée 2000», um Druck auszuüben. Noch müssen die meisten afrikanischen Länder für den *Schuldendienst* bis zu neunmal mehr Geld aufwenden als für die *Gesundheit* ihrer Völker. Das betrifft sogar Völker, die heute Gefahr laufen, durch *Aids* zerstört zu werden. Das ist ein Skandal, so unmoralisch wie der Sklavenhandel.

Neue Wege: *Seit mehr als 30 Jahren verlangt die UNCTAD von den reichen Ländern eine Entwicklungshilfe von 0,7 Prozent des Nationalprodukts. Doch die meisten von ihnen futieren sich um diese Vorgabe. Die Erklärung von Bangkok übt denn auch Kritik am Rückgang der öffentlichen Entwicklungshilfe. Ist das nicht frustrierend?*

Rubens Ricupero: Nur gerade die skandinavischen Länder und Holland haben dieses Engagement honoriert. Andere Länder wie Grossbritannien und Frankreich sind

am Aufholen. In andern reichen Ländern gehen die Aufwendungen für die Entwicklungshilfe zurück. Damit entsteht eine sehr ernste Lage, denn in den 48 ärmsten der armen Länder müssen die Menschen mit weniger als einem Dollar im Tag überleben. Sie haben keine Chance, irgendwelche Investitionen zu erhalten.

Die Rolle der UNCTAD liegt in der Qualität der Ideen

Neue Wege: Gibt es nicht einen Widerspruch zwischen den Zielen der UNCTAD und den ihr zur Verfügung stehenden Mitteln? Ihre Organisation hat keine Kompetenzen, um ein Weltsozialrecht zu begründen, während die WTO diese legislative Kompetenz hat und Regeln für die Liberalisierung des Handels, ja selbst für die Freiheit der Investitionen zu Lasten der Länder der Dritten Welt erlassen kann, ich denke an das MAI. Es sieht ganz so aus, als würde die Welt immer mehr das Gleichgewicht zwischen der Ökonomie und der Sozialpolitik verlieren. Man spricht denn auch mehr von der WTO oder von der Weltbank als von der UNCTAD.

Rubens Ricupero: Auch wenn die *Macht* das zentrale Element in den internationalen Beziehungen ist, sollte man nicht sagen, das zwischenstaatliche Leben sei nichts anderes als Macht. Das soziale Leben steht immer in einer dialektischen Spannung zwischen *Konflikt und Zusammenarbeit*. Vor allem im zwischenstaatlichen Bereich, in dem es keine wirkliche Autorität gibt, hat die Macht eine bestimmende Rolle. Alles, was zum Kern der Macht gehört, das internationale Finanzwesen und der Welthandel, wird von den Staaten kontrolliert. Diese wollen ihre Kompetenzen nicht an die Vereinten Nationen abtreten. Die UNO wäre zwar viel demokratischer als der Weltwährungsfonds und die Weltbank, weil sie auf dem Grundsatz beruht, dass jedem Staat eine Stimme zukommt. In den Bretton-Woods-Institutionen werden die Stimmen nach dem jeweiligen Kapitalanteil gewichtet. Darum haben hier die reichen Länder die absolute Kontrolle inne.

Die WTO dagegen ist eine Mischung von beidem, weil hier Verträge ausgehandelt und Konflikte geschlichtet werden. Theoretisch sind hier *alle Staaten gleich*, in Wirklichkeit aber gibt es einen grossen Unterschied, je nachdem ob ein Staat über eine Marktmacht verfügt wie zum Beispiel die USA mit 250 Millionen Menschen. Das zeigt sich auch im Streitschlichtungsverfahren. Wenn der unterlegene Staat die Entscheidung des Gerichts nicht akzeptiert, kann der obsiegende Staat Repressalien ergreifen. Aber das ist unmöglich, wenn der obsiegende Staat Bangladesh und der unterlegene Staat USA heisst.

Die UNCTAD ist nicht die UNO, aber ein Teil der UNO, ein *Organ der Generalversammlung*. Unsere Rolle liegt in der Qualität der Ideen, die wir entwickeln. Die UNCTAD war noch stets in der Lage, mit eigenen Ideen die Debatte über die Entwicklungspolitik zu bestimmen. Zum Beispiel haben wir das System der *Meistbegünstigung* entwickelt, das es vor allem den asiatischen Ländern erlaubte, ihre Unterentwicklung zu überwinden. Über die Kraft der Ideen erhalten auch die Entwicklungsländer die Möglichkeit, eigene Vorschläge zu machen und so die Verhandlungen zu beeinflussen.

Als Dr. Prebisch im Lauf der 60er Jahre die UNCTAD gründete, glaubte man an die Möglichkeit einer *neuen Weltwirtschaftsordnung*, die von souveränen Staaten ausgehandelt würde. Dieser *Voluntarismus*, der meinte, durch den Willen der Staaten die ökonomische Welt verändern zu können, hat zwei Dinge unterschätzt: Da ist zunächst einmal die Tatsache, dass viele Veränderungen in der Weltwirtschaft nicht von den Staaten, sondern von Veränderungen in der Demographie oder der Technologie, von den Revolutionen in Informatik und Telekommunikation, abhängen. Unterschätzt wurde aber auch die Rolle der Macht. Vieles, was in der UNCTAD erarbeitet wurde, ist nie umgesetzt worden, sondern auf dem Papier geblieben. Die Staaten, die wirkliche Macht hatten, waren nicht bereit, die Beschlüsse der UNCTAD zu akzeptieren. Das Ziel von 0,7 Prozent

öffentliche Entwicklungshilfe zum Beispiel wurde von den USA bis heute nicht anerkannt. Die USA haben andere Wertvorstellungen und setzen vor allem auf den privaten Sektor.

Wenn also der Eindruck entsteht, der Weltwährungsfonds oder die WTO seien die treibende Kraft in der internationalen Wirtschaftspolitik, so stimmt das insofern, als sie sich die *Prioritäten der Grossen* zu eigen machen. Um diese Situation zu ändern, braucht es viel Geduld und neue Ideen. Vor zehn Jahren zum Beispiel, einige Monate nach dem Fall der Berliner Mauer, haben grosse Weltwirtschaftsorganisationen wie die Weltbank und der Weltwährungsfonds sich sehr optimistisch über die Vorteile der Globalisierung im kommenden Jahrzehnt geäussert. Nur die UNCTAD hat als einzige Wirtschaftsorganisation der Welt gesagt, das nächste Dezennium werde geprägt sein durch destruktive Kräfte sowie durch monetäre und Finanzkrisen. Wir sahen, wie die Spekulation auf den Finanzmärkten ein Ausmass angenommen hatte, das in keinem Verhältnis mehr zur Finanzierung des realen Welthandels stand. Ferner waren wir der Meinung, dass die Globalisierung der Finanzmärkte nicht über solide Kontrollmechanismen verfügte. Unsere einsamen Warnungen von damals sind heute Allgemeingut.

Die UNO macht zwar viele Fehler, aber sie wird mehr wegen ihrer Tugenden als wegen ihrer Laster kritisiert. Wir werden kritisiert, weil wir uns weigern, das *Einheitsdenken*, die «*pensée unique*», zu übernehmen. Wir sind nicht gegen globalen Handel und globale Integration, aber wir zeigen, dass es dazu auch Bedingungen braucht, die noch nicht existieren. Die UNCTAD fühlt sich heute bestärkt durch Veränderungen der Weltbank und des Währungsfonds. Alle anerkennen heute, dass die *Armut das wichtigste Weltproblem* ist. *Michel Camdessus* hat in Bangkok gesagt, dass die Armut die schlimmste Gefahr für das ganze System sei. Das war unsere Position schon vor dreissig Jahren. Also haben nicht wir uns verändert, sondern die andern haben sich uns angenähert. Wir kämpfen

weiter mit dem gleichen ethischen Engagement, auch wenn wir uns dabei nur auf die Kraft der Ideen verlassen können.

In Ihrer Zeitschrift habe ich eine kleine Geschichte des Neoliberalismus gelesen. Als *Friedrich August von Hayek* seine «*Wege zur Knechtschaft*» veröffentlichte, hat kaum jemand von diesem Buch Notiz genommen. Es war die Epoche der Ideen von *Keynes*. Aber das Beispiel zeigt, dass es letztlich immer die *Ideen einer Minderheit* sind, die Geschichte machen. Wenn auch wir fähig sind, gute Ideen mit konkreten Vorschlägen zu entwickeln und sie in Verbindung mit der Zivilgesellschaft, mit den NGOs oder den Kirchen, umzusetzen, dann können wir die Welt verändern. Ich glaube mehr an diesen Weg der Veränderung als an den Weg über die Regierungen, den die UNCTAD unmittelbar nach ihrer Gründung versucht hat. Die UNCTAD ist ein Kind der 60er Jahre, in denen alles möglich zu sein schien. Selbst Papst Paul VI. sagte damals, Entwicklung sei der neue Name für Frieden. Heute müssen wir vor allem an der Basis arbeiten. Das führt auch zu neuen Ergebnissen, wie der Widerstand gegen das Investitionsabkommen MAI oder das Scheitern von «*Seattle*» gezeigt hat. Hinzu kommt das Verbot der Land-Minen oder die Gründung eines Weltstrafgerichtshofs. Das alles ist weitgehend das Werk der Zivilgesellschaft.

Die Zivilgesellschaft als Rückkehr zur direkten Demokratie

Neue Wege: Sie scheinen ein begeisterter Anhänger der Zivilgesellschaft zu sein.

Rubens Ricupero: Ja, ich bin es zu hundert Prozent. Sie bedeutet eine Art Rückkehr zur direkten Demokratie.

Neue Wege: Und die UNCTAD wäre das Organ dieser Zivilgesellschaft?

Rubens Ricupero: Wir sind diesen Bewegungen der Zivilgesellschaft sehr verbunden. Wir haben denn auch unsere Organisation den NGOs geöffnet. Die beiden wichtigsten Ideen am Ende des 20. Jahrhunderts, die *Menschenrechte* und der

Kampf um eine bessere *Umwelt*, sind weit mehr das Ergebnis der Zivilgesellschaft als der Staaten.

Neue Wege: Auch der Aktionsplan von Bangkok spricht von den ökologischen Herausforderungen. Die Erklärung von Bangkok setzt gleichzeitig auf wirtschaftliches Wachstum und auf eine «nachhaltige Entwicklung». Glauben Sie, dass beides wirklich zusammengeht? Wenn alles sich um den Shareholder value dreht, bin ich sehr pessimistisch.

Rubens Ricupero: Ich auch. Das «Shareholder value»-Denken geht davon aus, dass der Markt wichtiger sei als alle übrigen Werte. Das ist natürlich falsch. Der Markt funktioniert nur im Austausch von Gütern, die einen Preis haben. Was nicht in einen Geldwert verwandelt werden kann, hat keinen Markt. Die Werte der Gerechtigkeit, der Schönheit, der Ehrfurcht vor dem Leben haben keinen Preis und folglich auch keinen Markt. Gelänge es allerdings, die ökologischen Kosten der Verschmutzung von Luft und Wasser zu internalisieren, so würde auch die Umwelt volkswirtschaftlich zu Buche schlagen. Aber davon sind wir noch weit entfernt.

Ich schätze das Konzept des amerikanischen Philosophen Michael Walzer, der ein Buch geschrieben hat über die «Sphären der Gerechtigkeit». In einer Welt des sozialen und kulturellen Pluralismus kann man nicht ein einziges Prinzip der Gerechtigkeit postulieren. Es darf nicht sein, dass die Sphäre des Marktes, der Wirtschaft und des Profits die anderen Sphären, z.B. die der Ökologie oder die der Bildung, dominiert. Darum braucht es den *Staat als Schiedsrichter*, der ein Gleichgewicht zwischen den verschiedenen Sphären herstellen muss. Der Shareholder value hat seine Grenzen, wenn es um die Qualität unserer Umwelt oder auch um die *Würde der arbeitenden Menschen* geht. Diese Werte haben ihre Autonomie gegenüber dem Shareholder value. Die Gesellschaft wird auch nicht zulassen, dass sie zerstört werden.

Brasilien ist dafür ein extremes Beispiel, was die Gefährdung des Urwaldes im Ama-

zonas, aber auch der tropischen Wälder an der atlantischen Küste betrifft. Auch wenn das Land nicht das soziale und ökologische Niveau Europas hat, gibt es dennoch viele Menschen und Organisationen in meinem Land, die für die Erhaltung des Regenwaldes kämpfen. Und es gibt jeden Tag mehr engagierte Menschen, auch wenn wir von diesem Ziel noch weit entfernt sind.

Im brasilianischen Kongress, in dem die Grossgrundbesitzer eine starke Stellung haben, wurde ein Gesetz angenommen, das es erlaubt hätte, den Grundbesitz im Amazonas-Gebiet durch die Abholzung des Urwaldes noch zu vergrößern. Doch der Präsident hat dagegen sein Veto eingelegt. Vor 20 Jahren, während der Zeit des Militärregimes, wäre darüber nicht einmal diskutiert worden. Es gibt doch so etwas wie *Fortschritt im Bewusstsein der Menschen und der Menschheit*. Auch aus diesem Grund hätte die brasilianische Regierung die 500-Jahr-Feier nicht wie eine Kirmes organisieren dürfen.

Die Tobin-Tax oder Die Neue Finanzarchitektur

Neue Wege: Die bereits erwähnte Deklaration von Bangkok erinnert daran, dass Thailand eben das Opfer einer der grössten Finanz- und Wirtschaftskrisen in jüngerer Zeit gewesen ist. Welche Mittel stehen den internationalen Organisationen zur Verfügung, um solche Krisen zu beherrschen? Was denken Sie zum Beispiel von der Tobin-Tax?

Rubens Ricupero: Es gibt zwei fundamentale Fragen im Bereich des internationalen Finanzwesens: Die Frage der Krisen-Prävention und die Frage des Krisen-Managements.

Die beste *Krisen-Prävention* besteht darin, dass die Staaten sich von spekulativem Kapital mit kurzen Laufzeiten freihalten. Das kann im Herkunftsland des Kapitals geschehen, setzt aber voraus, dass die reichen Länder bereit sind, ihre Banken zu kontrollieren und den Abfluss spekulativen Kapitals in ein fremdes Land zu verhindern. Aber die reichen Länder setzen lieber

auf die Freiheit des Marktes. Also bleibt nur der umgekehrte Weg, dass die Empfängerländer Massnahmen ergreifen, um nicht in die Abhängigkeit von kurzfristigen Geldanlagen zu geraten. So hat Chile über 30 Prozent dieses Kapitals eine einjährige Quarantäne verhängt, während der keine Zinsen bezahlt wurden. Eine weitere Massnahme, um das fremde Kapital von kurzfristigen Spekulationen abzuhalten, wäre die *Tobin-Tax*. Wir haben als eine der ersten internationalen Organisationen diese Idee analysiert und begrüßt. Was fehlt, ist der politische Wille, die Finanz- und Steuerparadiese zu kontrollieren.

Wenn eine Krise aber schon ausgebrochen ist, dann hilft – in Analogie zum innerstaatlichen Betreibungs- und Konkursrecht – am ehesten die provisorische *Stundung der Schulden*. Dieser Vorschlag gehört zu dem, was unter dem Begriff «Neue Finanzarchitektur» debattiert wird. In einem Vortrag vor dem Weltwährungsfonds habe ich im vergangenen April gesagt, dass die Schwierigkeiten für die Umsetzung solcher Vorschläge nicht technischer, sondern politischer Natur sind.

Die Phantasielosigkeit des Dritten Weges

Neue Wege: Wie kommen wir zu sozialen und ökologischen Leitplanken in einer neuen Weltwirtschafts- und Weltfinanzordnung?

Rubens Ricupero: Die Entwicklung des Kapitalismus ist heute an einem Punkt angelangt, wo es einen *neuen Zyklus von Re-*

gulierungen braucht. Als der Kapitalismus am *Anfang der industriellen Revolution* die ganze Welt mit der *Pauperisierung* bedrohte, überlange Arbeitszeiten und selbst Kinderarbeit hervorbrachte, hat ein Land ums andere Arbeitszeitverkürzungen und Mindestlöhne eingeführt sowie weitere Gesetze zum Schutz der arbeitenden Menschen erlassen. Anders hätte der Kapitalismus nicht überlebt. Heute befinden wir uns in einer ähnlichen Situation auf Weltebene, ohne dass die Staaten in der Lage wären, den Kapitalismus zu bändigen.

Was ich dem sog. Dritten Weg vorwerfe, ist nicht die Banalität des Reformismus, sondern die Tatsache, dass es ein *Reformismus ohne Wirkung* auf der internationalen Ebene ist, dass er nichts vorschlägt gegen die exzessive Konzentration der Unternehmen, nichts gegen die prekären und instabilen Arbeitsverhältnisse und nichts gegen die zunehmende Kluft zwischen Arm und Reich, auch im Innern der reichen Länder selbst. Es geht hier nicht um die Alternative Reform oder Revolution, es geht um einen Mangel an Phantasie.

NW: In der Deklaration von Bangkok gibt es einen Satz, der Ihrer Ethik der Solidarität besonders verpflichtet ist. Er lautet: «*Oberster Massstab für die internationale Gemeinschaft wie für jede Nation ist die Art und Weise, wie sie ihre schwächsten Glieder behandelt.*» Ich danke Ihnen für dieses Gespräch und wünsche Ihnen weiterhin eine fruchtbare Arbeit im Dienst der sozial schwächsten Menschen und der ärmsten Länder dieser Erde.

Werden diejenigen, die sich nach den Gesetzen des Marktes richten, jemals verstehen, dass die Liebe Gottes nicht nur die Logik der Effizienz übersteigt, sondern auch weiter geht als selbst die menschliche Gerechtigkeit? Es ist besser, das Anstössige anzuerkennen: Es gibt eine innere Spannung zwischen bestimmten Formen des Kapitalismus und der Botschaft Jesu Christi, zwischen der Wirtschaft, wie sie von gewissen Advokaten der Globalisierung gepredigt wird, und einem Glauben, der der das Reich Gottes den Armen verheisst.

(Rubens Ricupero über «Wirtschaft und Glauben» vor dem Päpstlichen Rat für Kultur)